

Große Anfrage

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Insa Tietjen, Cansu Özdemir,
Dr. Carola Ensslen, Deniz Celik, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch,
Stephan Jersch, Metin Kaya, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE) vom 26.05.20**

und Antwort des Senats

Betr.: Kinderschutz in Zeiten von Corona

Im Rahmen der Anstrengungen, die COVID-19-Pandemie zu verlangsamen, werden aktuell Risiken bezüglich gesellschaftlich marginalisierter Gruppen eingegangen. In Kinderschutz-Fachkreisen besteht im Moment größte Besorgnis über die Entwicklung der Fallzahlen und -schwere, bedingt durch häusliche Isolation, fehlende Betreuung in den Kindertagesheimen, Schulen und den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Befürchtet wird eine Zunahme von Risikofaktoren für häusliche Gewalt.

Die soziale Isolation von Eltern und Familien stellt einen wesentlichen Risikofaktor für Kindeswohlgefährdung dar (Whitaker et al., 2008, Black et al., 2001, Stith et al., 2009, Sidebotham, 2001). Während der Corona-Pandemie wurde zur Verringerung der Ansteckungsgefahr eine seit Mitte März andauernde Kontaktsperrre verordnet und die Bevölkerung zur sozialen Distanzierung („Social distancing“) aufgefordert. Dazu wurden viele Orte und Institutionen, an beziehungsweise in denen sich Familien typischerweise bewegen, wie zum Beispiel Kitas, Schulen, Spielplätze, Jugendhilfeeinrichtungen und Familienberatungsstellen, geschlossen. Familien stehen nun vor der Herausforderung, über einen sehr langen Zeitraum möglichst viel Zeit in ihren Wohnungen zu verbringen. Berufstätige Eltern befinden sich in hoher Anzahl in Kurzarbeit beziehungsweise im Homeoffice oder sind in systemrelevanten Berufen aktuell psychisch und physisch besonders stark gefordert. Sowohl Kinder als auch Erwachsene können auf die Belastungen in der verordneten Isolation mit Wut und Aggressionen reagieren. Bei einer Zunahme von zusätzlichen Risikofaktoren, vor allem durch finanzielle Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und beengten Wohnraum, kann sich so in den Familien eine Gewaltspirale entwickeln, die aufgrund des fehlenden Sozialnetzes für Kinder und Jugendliche besonders gefährlich werden kann. Viele soziale Träger haben aktuell ihre Unterstützungsangebote für Risikofamilien reduziert, auf Online-Betrieb umgestellt oder gar ganz eingestellt. Einige Einrichtungen werden in der aktuellen Situation neu oder in besonderer Weise nachgefragt, wie zum Beispiel die Beratung des Kinderschutzbundes (siehe auch „Hamburger Abendblatt“ vom 28.4.2020). Durch das Schließen von Anlaufstellen für psychosozial belastete Eltern und Familien fehlt es gerade in dieser belastenden Phase der sozialen Distanzierung an Möglichkeiten, sich Entlastung, Beratung oder (außerfamiliären) Schutz zu suchen. Von Gewalt betroffene Kinder und Elternteile leben während der zu ihrem Schutz verordneten Kontaktsperrre mit den Tätern zusammen. Die gesamtgesellschaftlich notwendigen Isolationsmaßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie gefährden so möglicherweise auch Kinder und Jugendliche, die aufgrund der sozialen

Unterstützung aus ihrem außerfamiliären sozialen Umfeld bisher nicht zur Risikogruppe für Kindeswohlgefährdung gehört haben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

Den Kinderschutz in Hamburg auch in Krisenzeiten vollumfänglich sicherzustellen und verlässlich zu gestalten, ist eines der obersten Ziele des Senates. Kinder, die in Not sind, werden oftmals durch den täglichen Kontakt zu ihren Betreuungspersonen und Lehrkräften in Kitas und Schulen in besonderem Maße im Auge behalten und geschützt. In der Corona-Krise standen und stehen nun diese Regelsysteme zum ersten Mal nicht mehr im bewährten und verlässlichen Umfang zur Verfügung. Damit die besonders gefährdeten Kinder und Jugendlichen weiterhin den Schutz dieser Einrichtungen erfahren konnten, wurde in Hamburg seit Beginn der Krise dafür gesorgt, dass für diese Kinder und Jugendlichen Kitas und Schulen weiterhin geöffnet waren, sie sie täglich besuchen konnten und bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung dieses auch verlässlich und überprüfbar tun mussten (Prio-10-Gutschein für die Kita). Die Allgemeinen Sozialen Dienste der bezirklichen Fachämter für Jugend- und Familienhilfe (ASD) sind ihren gesetzlichen und fachlichen Aufgaben auch während der COVID-19-Pandemie in vollem Umfang nachgekommen. Die ASD und die Träger der freien Jugendhilfe haben Familien in belastenden Situationen weiterhin regelmäßig kontaktiert. Dies geschah aufgrund des Infektionsschutzes manchmal unter angepassten Bedingungen (Telefon oder Skype), aber sofern möglich fanden die Begegnungen auch im persönlichen Kontakt statt. Im Übrigen siehe Drs. 22/122, 22/173, 22/177 und 22/279.

Die zuständigen Fachbehörden informieren über die erforderlichen Hygienemaßnahmen und wägen die unterschiedlichen Risiken ab. Die Situation erlaubt es derzeit, schrittweise Lockerungen der Hygienebestimmungen vorzunehmen. Mit Wirkung ab dem 18. Mai hat der Senat das Verbot des unmittelbaren Publikumsverkehrs im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aufgehoben. Die Durchführung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit ist damit abweichend von §§ 1 und 2 der SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung grundsätzlich zulässig. Bei der Durchführung der Angebote hat der jeweilige Träger der Jugendhilfe die Einhaltung eines von ihm erstellten und dokumentierten Schutzkonzeptes zu gewährleisten. Zum selben Datum konnten Angebote der Familienförderung und der Sozialräumlichen Angebote der Jugend- und Familienhilfe flexibel und schrittweise erweitert werden, sofern ein Schutzkonzept vorliegt. Die Durchführung von Sprechstunden und von Gruppenangeboten wird so ermöglicht.

Zusätzlich wurden bestehende Leistungsangebote im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe finanziell in der Weise stabilisiert, dass diese während und nach der Krisensituation voll ausgeschöpft werden können, damit der Kinderschutz in Hamburg langfristig in vollem Umfang seiner Angebote bestehen bleibt. In Zusammenarbeit von Fachbehörde und Dachverbänden ist eine Rahmenvereinbarung zu Hilfen zur Erziehung (analog dem „Sozialdienstleister-Einsatzgesetz“) entstanden. Ziel der Rahmenvereinbarung ist es, die Versorgung mit den notwendigen ambulanten und stationären sozialen Dienstleistungsangeboten der Kinder- und Jugendhilfe auch weiterhin und über die Krise hinaus sicherzustellen und in vollem Umfang einsetzen zu können.

Aktuelle Informationen zur COVID-19-Situation sind jeweils auf folgender Seite zu finden: <https://www.hamburg.de/faq-corona/>, <https://www.hamburg.de/coronavirus/13886790/familien/>, <https://www.hamburg.de/kinderschutz/>, <https://www.hamburg.de/familienwegweiser/>.

Beginnend ab dem 18. Juni sind die Kitas in Hamburg in einen eingeschränkten Regelbetrieb zurückgekehrt. Für alle Kinder erfolgt grundsätzlich eine Betreuung für die Dauer des bewilligten Kita-Gutscheines, Sofern die Einrichtung dies im Rahmen ihres Sicherheitskonzeptes nicht gewährleisten kann, wird im Einzelfall eine eingeschränkte Betreuung von mindestens 20 Stunden an drei Tagen verlässlich für jedes Kind angeboten.

Angeichts des aktuellen Infektionsgeschehens sind weitere Lockerungsschritte voraussichtlich ab dem 01.07.2020 in Planung. So plant die Schulbehörde die Aufnahme des Unterrichtsbetriebes an Grundschulen nach den Sommerferien und ist zuversichtlich, den Unterricht auch an weiterführenden Schulen wieder aufnehmen zu können. Im Gleichklang mit diesen Lockerungen sollen auch die Angebote im Bereich der Familienförderung und der sozialräumlichen Angebote in einen vorsichtigen Regelbetrieb übergehen.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen teilweise auf der Grundlage von Auskünften des Statistischen Amtes Hamburg und Schleswig-Holstein wie folgt:

I. KWG-Meldungen

- 1. Wie hat sich die Anzahl der Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen von 2017 bis 2020 entwickelt? Bitte tabellarisch für jedes Jahr monatsweise auflisten bis einschließlich Mai 2020.*

Die Anzahl der Hinweise auf mögliche Kindeswohlgefährdungen, die den Jugendämtern durch institutionelle Melder und durch Privatpersonen bekannt wurden und statistisch als „Anliegen“ erfasst werden, hat in den Monaten seit März 2020 im Vergleich zu den Vormonaten dieses Jahres nicht und gegenüber demselben Monat der Vorjahre kaum zugenommen. Im Übrigen siehe Anlage 1.

- 2. Wie verteilen sich die Meldungen in dem Zeitraum von 2017 bis 2020 auf die verschiedenen Institutionen und Einzelpersonen, die gemeldet haben? Für 2017 bis 2019 quartalsweise Daten ausweisen und für das Jahr 2020 monatlich bis einschließlich Mai 2020 auflisten.*

Siehe Anlage 2. Für den Zeitraum von 2017 bis 2019 sind die Meldungen quartalsweise dargestellt; für das laufende Jahr 2020 monatsweise.

- 3. Wie viele Meldungen haben sich in dem Zeitraum 2017 bis 2020 nach Überprüfung als zutreffend herausgestellt? Bitte jeweils nach Meldequellen auflisten unter Angabe der absoluten Zahlen und der prozentualen Anteile. Für die Jahre 2017 bis 2019 quartalsweise Auflistung und für 2020 monatliche Auflistung bis einschließlich Mai 2020.*

Das Jugendamt hat gemäß § 8a SGB VIII Hinweise auf mögliche Kindeswohlgefährdungen (KWG) zu prüfen und ein Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen (Wächteramt). Es erfolgt zunächst eine Einschätzung der Meldung darauf, ob gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung vorliegen. Meldungen, bei denen sich solche Anhaltspunkte nach Prüfung der Jugendämter nicht ergeben, werden statistisch nicht erfasst. Wenn gewichtige Anhaltspunkte vorliegen, dann schließt sich eine Gefährdungseinschätzung unter den gesetzlich vorgeschriebenen Standards an. Das Ergebnis der Gefährdungseinschätzung wird in der amtlichen Statistik der Kinder- und Jugendhilfe, Teil I 8: Gefährdungseinschätzungen nach § 8a Absatz 1 SGB VIII erfasst.

Werden innerhalb eines Jahres für ein Kind mehrere Verfahren eingeleitet, werden diese Verfahren einzeln erfasst.

Die Ergebnisse der Statistik zu den Gefährdungseinschätzungen nach § 8a Absatz 1 SGB VIII können nur als Jahresangaben für 2017 – 2019 zur Verfügung gestellt werden.

In Anlage 3 sind für die Jahre 2017 – 2019 die Gesamtzahl der zur Statistik gemeldeten Gefährdungseinschätzungen mit dem Ergebnis einer KWG oder latenten KWG sowie die die Gefährdungseinschätzung anregende Institution/Person dargestellt.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich regelmäßig, dass die in Anlage 3 berichtete Zahl von bestätigten Kindeswohlgefährdungen deutlich unterhalb der Zahl von Kindeswohlgefährdungsmeldungen liegt, die die Jugendämter erreichen.

- 4. Wie verteilen sich die Kindeswohlmeldungen auf die verschiedenen Altersgruppen? Bitte getrennt nach Geschlecht für die Null- bis Dreijährigen, die Drei- bis Sechsjährigen, die Sechs- bis 14-Jährigen und die*

über 14-Jährigen angeben. Bitte für die Jahre 2017 bis 2019 quartalsweise auflisten und für 2020 monatlich bis einschließlich Mai 2020.

Hinweise auf mögliche Kindeswohlgefährdungen, die dem Jugendamt durch Institutionen und Privatpersonen bekannt gemacht wurden und als „Anliegen“ erfasst werden, bezogen sich in den Jahren 2017 bis 2020 auf die in Anlage 4 dargestellten Altersgruppen, getrennt nach Geschlecht.

5. *Gibt es bei den jeweiligen Altersgruppen Schwerpunkte bei der jeweiligen Art der Melder?*

Wenn ja, welche sind das? Haben sich die Schwerpunkte ab März 2020 im Rahmen der verordneten häuslichen Isolation verschoben?

Als institutionelle Melder treten Polizei/Gericht/Staatsanwaltschaft für alle Altersgruppen hervor. Für Kinder und Jugendliche ab sechs Jahren ist die Schule ein wichtiger institutioneller Melder.

Für alle Altersgruppen fallen zudem anonyme Meldungen ins Gewicht. Dabei kann es sich um Meldungen handeln, bei denen sich der Absender nicht zu erkennen gegeben hat, oder um Meldungen, bei denen aufgrund unvollständiger Angaben eine Zuordnung zu einer der in der Tabelle genannten Gruppen nicht möglich war.

Die Schwerpunkte haben sich seit März 2020 nicht verschoben. Im Übrigen siehe Anlage 5.

6. *Wie hoch ist der durchschnittliche Arbeitsaufwand in Stunden pro Meldung, um sie daraufhin zu überprüfen, ob Handlungsbedarf besteht?*

Der Arbeitsaufwand richtet sich nach den fachlichen Erfordernissen und damit verbundenen Handlungsschritten des ASD im Einzelfall. Nach Eingang einer Meldung an den ASD findet eine erste fachliche Bewertung der vorliegenden Informationen im Vier-Augen-Prinzip statt. Es schließen sich, bedarfsorientiert, eine weitere Recherche, Hausbesuche oder das Aufsuchen anderer Institutionen, Gespräche mit den Beteiligten (Fachkräften von Institutionen, Sorgeberechtigten, Minderjährigen et cetera), fachliche Beratungen/kollegiale Beratungen des ASD unter Einbeziehung der notwendigen Leitungsebenen an. Alle Initiativen im Einzelfall werden von der ASD-Fachkraft dokumentiert und im Fachverfahren JUS-IT erfasst. Die zeitliche Inanspruchnahme der Bearbeitung der Klärungsprozesse und der weiteren fachlichen Bearbeitung kann zwischen wenigen Stunden bis hin zu einer hohen zeitlichen Inanspruchnahme in Fällen von Kindeswohlgefährdungen variieren.

Die Berechnung eines Durchschnittswertes erfordert die Erfassung der zeitlichen Arbeitsaufwände der fallführenden Fachkräfte für alle relevanten Vorgänge. Diese zur Beantwortung benötigten Daten werden nicht gesondert statistisch erfasst. Eine Einzellauszahlung der 13.596 Vorgänge, die allein für das Jahr 2019 erfasst sind, ist in der für die Beantwortung einer Parlamentarischen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

II. Meldungen aus der Polizeistatistik

7. *Wie viele Fälle von Misshandlung von Schutzbefohlenen nach § 225 StGB, sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen nach § 174 StGB, sexueller Missbrauch von Kindern nach den §§ 176, 176a, 176b StGB und Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht § 171 StGB gab es 2018, 2019 und 2020 in der polizeilichen Statistik in Hamburg? Bitte tabellarisch monatlich auflisten für die Jahre 2018, 2019 und 2020 für die Monate Januar bis Mai.*

Die Polizei erfasst Straftaten gemäß dem Straftatenkatalog der Richtlinien für die Erfassung und Verarbeitung der Daten in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Die Aussagekraft der PKS ist auf Jahresauswertungen ausgelegt. Innerhalb eines Berichtsjahres unterliegt der PKS-Datenbestand einer ständigen Pflege, zum Beispiel durch Hinzufügen von nachträglich ermittelten Tatverdächtigen oder die Herausnahme von Taten, die sich im Nachhinein nicht als Straftat erwiesen haben.

Ein Fall wird in der PKS in dem Monat gezählt, in dem er erfasst wurde; die Tatzeit bleibt dabei unberücksichtigt. Wird dieser Fall in einem Folgemonat im Sinne der vorstehend beschriebenen ständigen Pflege geändert, führt das in diesem Folgemonat zu einer erneuten Zählung, weil eine Datensatzänderung im rechnerischen Sinne eine neue Erfassung ist. In den sogenannten kumulativen Tabellen, die vom ersten bis zum aktuellen Monat des Jahres berichten, wird immer nur der eine Fall mit der letzten Änderung gezählt. Das hat zur Folge, dass die Summe von Monatszahlen regelmäßig größer ist als die kumulativen Zahlen dieser Monate.

Änderungen in der PKS oder spezielle Kriminalitätsaufkommen, auch in Verbindung mit entsprechenden Qualitätssicherungsmaßnahmen, können dazu führen, dass monatliche Fallerfassungen beträchtlicher Größenordnung in Folgemonaten erneut gezählt werden. Auf einzelne Monate aufgegliederte Fallzahlen sind in der PKS daher nicht valide. Aufgrund der in Monatszahlen enthaltenen erheblichen Unschärfe werden erfragte Daten zur Gewährleistung eines Minimums an Validität nur als kumulative Quartalszahlen dargestellt.

Im Übrigen siehe Anlage 6.

III. Fallzahlen gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) VIII (Hilfen zur Erziehung)

8. Wie viele Beratungen nach § 28 SGB VIII gab es für die Jahre 2018 bis 2020? Bitte um monatliche Auflistung.

Beratungen nach § 28 SGB VIII werden niedrigschwellig von institutionellen Erziehungsberatungsstellen in kommunaler oder freier Trägerschaft geleistet sowie einzelfallfinanziert durch freie Träger über eine Hilfeverfügung des Jugendamtes.

In Hamburg werden für die institutionellen Erziehungsberatungsstellen Berichtsdaten im Berichtswesen Jugendhilfe jährlich erhoben. Im Jahr 2018 wurden von den institutionellen Erziehungsberatungsstellen 5.677 Fälle und im Jahr 2019 6.072 Fälle nach den §§ 28 und 41 SGB VIII bearbeitet.

Für Angaben zu Erziehungsberatungen nach § 28, die als Hilfe zur Erziehung durch die Jugendämter in Hamburg verfügt werden, siehe Anlage 7.

9. Wie viele Fälle nach § 29 SGB (Soziale Gruppenarbeit) VIII gab es?

10. In wie vielen Fällen wurden Betreuungshelfer/-innen nach § 30 SGB VIII eingesetzt?

11. In wie vielen Fällen wurden sozialpädagogische Familienhilfen nach § 31 SGB VIII tätig?

12. In wie vielen Fällen wurde Erziehung in einer Tagesgruppe nach § 32 SGB VIII verfügt?

13. Wie viele Hilfen zur Erziehung in Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII gab es?

14. Wie viele Fälle Hilfen nach § 34 SGB VIII gab es?

15. Wie viele Fälle von intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung nach § 35 SGB VIII gab es?

16. Wie viele Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII wurden verfügt?

17. Wie viele Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII wurden verfügt? Bitte um monatliche Auflistung für die Jahre 2018 bis 2020 für die Fragen 8. bis 17.

Die Fallzahlen zu Hilfen nach §§ 28 – 35a und 41 sind in monatlicher Auflistung für die Jahre 2018 bis 2020 in Anlage 7 dargestellt.

18. Wie hat sich die Anzahl der Sorgerechtsentzüge von 2017 bis 2020 entwickelt? Bitte tabellarisch für jedes Jahr nach Bezirken und FIT angeben und Gesamtzahl nennen.

Siehe Anlage 8. Das Statistikamt Nord wertet die „Sorgerechtsentzüge durch das Familiengericht“ aus Angaben der Jugendämter aus. Es liegen Daten für die Jahre 2017 bis 2019 vor; die Zahlen für das Familieninterventionsteam (FIT) sind in den Angaben zum Bezirk Hamburg-Nord enthalten.

Für eine händische Auszählung der Zahlen aus 2020 hätten die Bezirksamter mehrere Hundert Akten zu laufenden Rechtsverfahren durchsehen müssen; dies ist im Rahmen der zur Beantwortung einer Parlamentarischen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu leisten.

19. *Wie hat sich die Zahl der Inobhutnahmen von 2017 bis 2020 insgesamt und in den Altersgruppen entwickelt? Bitte für jedes Jahr tabellarisch nach Bezirken auflisten und getrennt für die Kinder von null bis unter drei Jahren, von drei bis unter sechs Jahren, von sechs bis unter zehn Jahren, von zehn bis unter 14 Jahren und von 14 bis unter 18 Jahren angeben und für jedes Jahr die Gesamtzahl der Inobhutnahmen nennen. Bitte die Anzahl der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge für jedes Jahr gesondert ausweisen.*

Die Daten der Berichtsjahre 2017 – 2019 sind der Bundesjugendhilfestatistik zu vorläufigen Schutzmaßnahmen entnommen. Diese Statistik gibt Auskunft über die im jeweiligen Berichtsjahr (BJ) beendeten Inobhutnahmen und beinhaltet gegebenenfalls auch eine wiederholte Inobhutnahme innerhalb eines Berichtsjahres. Die Statistik weist ausschließlich Daten der Länder aus, sodass Bezirkszahlen nicht genannt werden können. Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2020 werden erst in der zweiten Jahreshälfte 2021 veröffentlicht. Die Statistik weist für Hamburg die nachfolgend dargestellten Zahlen aus.

Bundesstatistik zu beendeten vorläufigen Schutzmaßnahmen – Ergebnis Hamburg	2017	2018	2019
Gemäß § 42 SGB VIII	1.826	1.235	1.363
Davon gemäß § 42a SGB VIII	388	271	271
Gesamtergebnis	2.214	1.506	1.634
Davon Inobhutnahme wegen unbegleiteter Einreise aus dem Ausland	897	460	425
In Prozentanteil der Gesamtmenge	41 %	31 %	26 %

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Statistik der vorläufigen Schutzmaßnahmen.

Bei der Bewertung der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) bei ihrer Ankunft vorerst immer vom Jugendamt in Obhut genommen werden. Die Bundesstatistik erfasst dabei als Anlass für die Inobhutnahme die unbegleitete Einreise aus dem Ausland. Bei diesen Fällen kann es sich über den Personenkreis der Geflüchteten hinaus auch um andere unbegleitet einreisende Kinder oder Jugendliche handeln. Außerdem werden Inobhutnahmen von UMA nicht immer im selben Berichtsjahr beendet, sodass hier eine Divergenz zu den Zahlen der in den jeweiligen Berichtsjahren erfassten UMA besteht.

In dieser Statistik werden seit dem Berichtsjahr 2017 vorläufige Schutzmaßnahmen gemäß § 42a SGB VIII sowie reguläre Schutzmaßnahmen gemäß § 42 SGB VIII gemeinsam erfasst. Hierdurch sind Doppelzählungen möglich, wenn ein Jugendlicher zunächst nach § 42a SGB VIII und im Anschluss nach § 42 SGB VIII in Obhut genommen wurde. Seit dem Berichtsjahr 2018 wird bei der Veröffentlichung der Bundesstatistik zusätzlich nachrichtlich ausgewiesen, wie viele Personen in Obhut genommen worden sind, bei denen sich im Anschluss an die vorläufige Inobhutnahme durch eine Altersfeststellung gemäß § 42f SGB VIII die Volljährigkeit herausgestellt hat. Dies waren im BJ 2018 insgesamt 236 und im BJ 2019 insgesamt 149 Personen. In den Ergebnissen der Bundesstatistik werden nur die Daten zu Minderjährigen dargestellt.

In Anlage 9 sind die Zahlen zu den vorläufigen Schutzmaßnahmen in Hamburg für die Jahre 2017 bis 2019, aufgeschlüsselt nach Bezirken und Altersgruppen dargestellt.

In Anlage 10 sind die Zahlen zu den vorläufigen Schutzmaßnahmen wegen unbegleiteter Einreise aus dem Ausland in Hamburg 2017 – 2019, aufgeschlüsselt nach Bezirken und Altersgruppen dargestellt. Die in den Anlagen 9 und 10 dargestellten Altersgruppen entsprechen der Einteilung der amtlichen Statistik.

Da die amtlichen Zahlen für das Jahr 2020 erst in der zweiten Jahreshälfte 2021 verfügbar sind, wurde behelfsweise eine Abfrage der bisher für die Monate neu erfassten Inobhutnahmen vorgenommen. Die Vergleichbarkeit mit den Angaben aus der Bundesstatistik besteht aber nicht, weil es sich um vorläufige, noch nicht fehlerkorrigierte Angaben zu gestarteten und nicht zu beendeten Inobhutnahmen handelt und eventuell noch Nacherfassungen erfolgen. Für § 42 SGB VIII stammen die Daten aus JUS-IT, die Angaben zu § 42a SGB VIII wurden vom LEB übermittelt. Das Ergebnis dieser Recherchen ist wie folgt:

- Gemäß § 42 SGB VIII wurden in den Monaten Januar bis Mai 2020 insgesamt 365 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen. Zur Verteilung in der der Bundesstatistik entsprechenden Altersgruppierung siehe Anlage 11.
- Gemäß § 42a wurden in 2020 durch den LEB Personen vorläufig in Obhut genommen wie folgt:

Alter	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Gesamt
unter 3 Jahre	X	X	X	X	X	X
3 bis unter 6	X	X	X	X	X	X
6 bis unter 9	X	4	X	X	X	8
9 bis unter 12	X	X	X	X	X	X
12 bis unter 14	X	X	X	X	X	4
14 bis unter 16	5	X	X	X	X	12
16 bis unter 18	15	22	12	6	4	59
Gesamt	26	33	14	8	7	88

Quelle: LEB

Soweit keine Angaben (X) gemacht wurden, war die Beantwortung aus Gründen des Sozialdatenschutzes gemäß §§ 35 SGB I, 61 fortfolgende SGB VIII und 67 fortfolgende SGB X nicht zulässig. Bei statistischen Werten, die nur eine sehr geringe Anzahl Personen betreffen (kleiner als vier), ist von einer Identifizierbarkeit der Personen auszugehen, sodass es sich dann um personenbezogene Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 DSGVO beziehungsweise um Sozialdaten (vergleiche § 35 SGB I, § 67 Absatz 2 Satz 1 SGB X) handelt. Es handelt sich um Sozialdaten, wenn personenbezogene Daten von einer in § 35 SGB I genannten Stelle im Hinblick auf ihre Aufgaben nach diesem Gesetz verarbeitet werden. Eine Übermittlung von Sozialdaten an die Hamburgische Bürgerschaft ist aber unzulässig, da es hierfür in den §§ 35 SGB I, 61 fortfolgende SGB VIII und 67 fortfolgende SGB X keine Übermittlungsbefugnis gibt und eine Einwilligung gemäß Artikel 6 Absatz 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO nicht vorliegt.

- Im Zeitraum Januar bis Mai 2020 wurden durch den LEB zusätzlich 37 Personen in Obhut genommen, bei denen sich im Anschluss an die vorläufige Inobhutnahme durch eine Altersfeststellung gemäß § 42f SGB VIII die Volljährigkeit herausstellte.

20. Wie viele Inobhutnahmen erfolgten 2018 und 2019 unter Zuhilfenahme der Polizei? Bitte quartalsweise für die Jahre 2018 und 2019 angeben. Für 2019 monatlich auflisten.

Es wird nicht gesondert statistisch erfasst, wie viele Inobhutnahmen unter Zuhilfenahme der Polizei erfolgen. Entsprechende Angaben wären nur durch eine Einzelfallauswertung von mehreren Tausend Akten ermittelbar. Dies ist in der für die Beantwortung einer Parlamentarischen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

21. Wie viele Inobhutnahmen erfolgten aus Einrichtungen in Einrichtungen für gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder nach § 19 SGB VIII? Bitte für 2018 und 2019 quartalsweise angeben und für 2020 monatlich.

Aus stationären Einrichtungen der erzieherischen Hilfen heraus erfolgten in den Jahren 2018 bis 2019 sowie bis zum 31. Mai 2020 keine Inobhutnahmen in Einrichtungen für gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder nach § 19 SGB VIII. Soll eine Mutter/ein Vater oder ein Kind mit Mutter oder Vater in eine Einrichtung für

gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder aufgenommen werden, so erfolgt dies regelhaft nicht auf der Grundlage des § 42 SGB VIII, sondern auf der Rechtsgrundlage des § 19 SGB VIII. Soll gleichwohl eine Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII in einer Einrichtung für gemeinsame Wohnformen erfolgen, bedarf es einer Ausnahmegenehmigung der Heimaufsicht der zuständigen Behörde. Eine solche Genehmigung wurde in dem betreffenden Zeitraum nicht erteilt.

IV. Gerichtliche Vorgänge

22. Wie viele

- a) Anzeigen,
- b) gerichtliche Maßnahmen und
- c) Übertragungen des Personensorgerechts nach § 1666 BGB i.V.m. § 1666a BGB gab es 2018 bis 2020? Bitte um monatliche Auflistung. Wenn nicht vorhanden um quartalsweise tabellarische Auflistung.

Siehe Anlage 12. Das Statistikamt Nord verfügt für die Jahre 2018 und 2019 über Daten hinsichtlich der gerichtlichen Maßnahmen nach § 1666 BGB, darunter auch die teilweise oder vollständige Entziehung der elterlichen Sorge nach § 1666 Absatz 1 i.V.m. Absatz 3 Nummer 6 BGB. Darstellungen für kürzere Zeiträume als ein Jahr (Quartale, Monate) können nicht erstellt werden, da entsprechende Zeitangaben in der Statistik nicht erfasst werden. Auch das unter a) erfragte Merkmal „Anzeigen“ wird statistisch nicht erfasst.

23. Wie hoch war die Zahl der mit Freiheitsentzug verbundenen Unterbringung nach § 1631b BGB? Bitte Gesamtzahl für die Jahre 2017, 2018 und 2019 angeben und für 2020 monatlich ausweisen.

Jahr	Anzahl
2017	137
2018	168
2019	157

2020	Januar	Februar	März	April	Mai
Anzahl	19	13	18	15	14

Quelle: JUS-IT, zu Minderjährigen erfasste Rechtsverfahren des Typs Genehmigung freiheitsentziehende Unterbringung (§§ 1631b, 1800, 1915 BGB). Die Unterbringung erfolgt in der Regel in psychiatrischen Einrichtungen.

Die Zahl der mit Freiheitsentzug verbundenen Unterbringung nach § 1631b BGB war auch in den Jahren 2017 bis 2019 Veränderungen unterworfen. Vor diesem Hintergrund ist eine signifikante Schwankung der vorstehenden Zahlen aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht festzustellen.

V. Kinderschutzfälle an Krankenhäusern

24. Wie viele Kinderschutzfälle wurden an den Hamburger Krankenhäusern in den Monaten März, April und Mai in den Jahren 2018 bis 2020 gemeldet? Für die Jahre 2018 und 2019 quartalsweise angeben und für das Jahr 2020 monatlich.

Die Meldungen von Kinderschutzfällen werden in den Hamburger Plankrankenhäusern statistisch nicht erfasst. Abbildbar sind ausschließlich die von den Hamburger Krankenhäusern gemeldeten Kindeswohlgefährdungen an die Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) der Bezirke. Siehe dazu Anlage 13.

VI. Telefonberatungen in Fragen von häuslicher Gewalt

25. Wie hoch war die Anzahl der Telefonberatungen beim Kinderschutzbund in den Jahren 2018 bis 2020? Bitte für die Jahre 2018 und 2019 Gesamtzahl nennen und für 2020 monatlich ausweisen.

26. Wie hoch war die Anzahl der Telefonberatungen beim Elterntelefon, bei der muttersprachlichen Beratung beim Kinder- und Jugendtelefon und bei der Kinderschutzhotline für Fachleute? Bitte in gleicher Weise auflisten wie bei Frage 25.

Angebot	Anzahl Telefonberatungen						
	2018	2019	1.2020	2.2020	3.2020	4.2020	5.2020
<i>Elterntelefon (DKSB)</i> Beratungen Anrufe	575 (779)	864 (1.442)	83 (151)	75 (126)	129 (211)	127 (173)	110 (144)
<i>Kinderschutzzentrum Hamburg (DKSB)</i> (Telefonberatungen, neue Fälle, ohne Telefonberatungen in Beratungsfällen, auch Hotline für Fachleute ¹)	632	583	62	59	37	29	27
<i>Kinderschutzzentrum Harburg (DKSB)</i>	317	303	27	25	16	15	22
<i>Krisenberatung auf Farsi und Arabisch in der Geschäftsstelle DKSB</i> (begrenzte Sprechzeiten, ab 27.3.) ²	-	-	-	-	12	38	37
<i>Telefonberatungen Kinderschutzbund Hamburg, v.a. Starke Eltern³</i>	120	120	10	10	10	30	30
<i>Kinder- und Jugendtelefon (ajs)</i>	1.614	2.198	184	202	190	258	188

Darüber hinaus sind Leistungen des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Hamburg e.V. in den Angaben in Abschnitt III enthalten.

Die Kinderschutzhotline richtete sich nicht nur an Fachkräfte, sondern an alle Bürgerinnen und Bürger. Die Anrufenden auf der Telefonnummer der Kinderschutzhotline wurden von Anfang an auf die Rufnummer des Kinder- und Jugendnotdienstes (KJND) umgeleitet und eine Beratung durch das kompetente und geschulte Personal des KJND vorgenommen. Seit dem Jahr 2012 wird die Kinderschutzhotline nicht mehr aktiv beworben, vielmehr steht allen Bürgerinnen und Bürgern die Rufnummer des KJND für die Entgegennahme von Meldungen und Anfragen zum Kinderschutz zur Verfügung. Die eingehenden Anrufe auf der Kinderschutzhotline werden nach wie vor auf die Rufnummer des KJND umgeleitet und dort beantwortet. Eine Dokumentation und statistische Auswertung findet nicht statt.

27. Wie viele der in der Anlage der Drs. 22/122 aufgelisteten Beratungseinrichtungen sind im Einzelfall persönlich erreichbar? Für wie viele der Einrichtungen, die sich speziell mit häuslicher Gewalt beschäftigen, gilt das?

¹ Beide Kinderschutzzentren haben in den Monaten April und Mai ihre Beratungen mit den ihnen bekannten Familien telefonisch oder per Zoom geführt. Hier aufgeführt sind ausschließlich Telefonberatungsfälle.

² Seit Ende März hält der Kinderschutzbund telefonische Sprechstunden auf Farsi und Arabisch vor, vorzugsweise werden Eltern aus Wohnunterkünften erreicht. Themen sind häufig häusliche Gewalt, psychische Beeinträchtigungen der Eltern sowie aggressives Verhalten der Kinder. Lange und intensive Telefonate, oft mehrmalige Telefonate mit einzelnen Familien.

³ Hierbei handelt es sich um Anrufe von Eltern im Projekt „Starke Eltern – Starke Kinder“, die sich zunächst zu dem Kursangebot informieren wollen. Über diese Anfragen entstehen Kurzinterventionen, in denen a) der Bedarf der Eltern geklärt und b) wahlweise in einen Elternkurs und/oder weiterführende Hilfen vermittelt wird, zum Beispiel Erziehungsberatung, Kinderschutzzentren. Die Beratungsgespräche werden nicht statistisch erfasst, es handelt sich um eine Schätzung der Projektleitung.

Siehe Drs. 22/122. Informationen über die Lage, bestehende Regelungen sowie Unterstützungs- und Beratungsangebote stehen differenziert nach Themenfeldern unter <https://www.hamburg.de/coronavirus/> zur Verfügung und werden laufend aktualisiert. Dort sind auch Hinweise und weiterführende Links auf die vorhandenen Beratungsangebote sowie die für Auskünfte bestehenden zentralen Kontaktmöglichkeiten zur Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) zu finden.

Eine zentrale Erfassung aller Beratungsangebote der verschiedenen Einrichtungen erfolgt nicht. Soweit im Rahmen der zur Beantwortung einer Parlamentarischen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit ermittelt werden konnte, sind die in der Drs. 22/122 genannten Beratungsangebote aktuell (Stand Juni 2020) und – soweit sie nicht von ihrer Konzeption her auf eine reine Telefonberatung ausgelegt sind – grundsätzlich persönlich erreichbar. Dies gilt auch für alle Einrichtungen, die sich speziell mit häuslicher Gewalt beschäftigen. Noch nicht wieder persönlich erreichbar sind die Beratungsangebote des Studierendenwerks Hamburg.

Kindeswohlgefährdungen – Anzahl der Meldungen

2017

Monat des Eingangs	Januar 2017	Februar 2017	März 2017	April 2017	Mai 2017	Juni 2017	Juli 2017	August 2017	September 2017	Oktober 2017	November 2017	Dezember 2017	Summe:
Anzahl Meldungen	1.004	998	1.130	821	1.027	992	961	892	902	908	1.070	895	11.600

2018

Monat des Eingangs	Januar 2018	Februar 2018	März 2018	April 2018	Mai 2018	Juni 2018	Juli 2018	August 2018	September 2018	Oktober 2018	November 2018	Dezember 2018	Summe:
Anzahl Meldungen	1.107	934	948	1.005	974	1.086	957	976	984	991	1.218	1.006	12.186

2019

Monat des Eingangs	Januar 2019	Februar 2019	März 2019	April 2019	Mai 2019	Juni 2019	Juli 2019	August 2019	September 2019	Oktober 2019	November 2019	Dezember 2019	Summe:
Anzahl Meldungen	1.205	1.053	1.142	1.205	1.161	1.158	1.090	1.055	1.218	1.019	1.184	1.106	13.596

2020

Monat des Eingangs	Januar 2020	Februar 2020	März 2020	April 2020	Mai 2020	Summe
Anzahl Meldungen	1.475	1.301	1.167	1.113	917	5.973

Quelle: JUS-IT, BO/BI, alle KWG-Meldungen, eingegangen im Zeitraum 01.01.2017 - 31.05.2020; Datenbestand: 06.06.2020

Kindeswohlgefährdungen – Quelle der Meldungen

	<u>2017</u>				<u>2018</u>				<u>2019</u>				<u>2020</u>			
	2017 Qu1	2017 Qu2	2017 Qu3	2017 Qu4	2018 Qu1	2018 Qu2	2018 Qu3	2018 Qu4	2019 Qu1	2019 Qu2	2019 Qu3	2019 Qu4	Jan 2020	Feb 2020	Mrz 2020	Mai 2020
- 01 = sozialer Dienst/Jugendamt	29	14	34	21	27	30	47	26	30	21	23	32	11	5	8	7
- 02 = Beratungsstelle	9	9	10	9	11	X	4	10	15	X	6	8	4	X	X	7
- 03 = andere Einrichtung/Dienst der Erziehungshilfe	14	14	22	25	23	25	41	26	24	26	36	24	7	7	10	5
- 04 = Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe	6	10	11	15	13	11	11	9	10	19	12	12	6	4	X	X
- 05 = Kindertageseinrichtung/ Kindertagespflegeperson	20	26	19	17	15	34	20	26	29	38	20	15	15	11	6	4
- 06 = Schule	76	126	66	95	128	181	85	175	151	215	90	147	69	76	20	11
- 07 = Hebamme/ Arzt/ Klinik/ Gesundheitsamt u.ä. Dienste	33	41	38	38	40	32	21	31	39	31	51	34	23	19	11	8
- 08 = Polizei/ Gericht/ Staatsanwaltschaft	2.110	1.917	1.776	1.863	1.925	1.912	1.932	2.020	2.080	2.204	2.191	2.116	975	882	841	780
- 09 = Eltern(-teil), Personensorgeberechtigte/r	26	37	41	31	57	53	40	42	55	55	44	38	17	18	16	12
- 10 = Minderjähriger/r selbst	17	15	12	17	16	19	13	20	18	16	7	24	9	4	6	X
- 11 = Verwandte	12	14	16	6	12	8	11	12	22	12	11	8	9	X	X	X
- 12 = Bekannte/Nachbarn	15	27	22	18	22	27	27	30	23	17	16	15	12	5	11	10
- 13 = Anonyme Meldung	255	242	261	254	231	267	267	297	334	360	382	322	144	134	87	115
- 14 = Sonstige	76	68	86	117	126	108	104	114	153	106	112	89	44	27	32	12
Summe:	3.132	2.840	2.755	2.873	2.989	3.065	2.917	3.215	3.400	3.524	3.363	3.309	1.475	1.301	1.167	917

*Die Kategorien der bekanntmachenden Institutionen/ Personen sind der Statistik der Kinder- und Jugendhilfe Teil I, Gefährdungseinschätzungen nach § 8a Absatz 1 SGB VIII entnommen.

**Soweit keine Angaben gemacht wurden (X), war die Beantwortung aus Gründen des Sozialdatenschutzes gem. §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X nicht zulässig. Bei statistischen Werten, die nur eine sehr geringe Anzahl Personen betreffen (kleiner als vier), ist von einer Identifizierbarkeit der Personen auszugehen, so dass es sich dann um personenbezogene Daten iSv Art. 4 Nr. 1 DS-GVO bzw. um Sozialdaten (vgl. § 35 SGB I, § 67 Abs. 2 S. 1 SGB X) handelt. Es handelt sich um Sozialdaten, wenn personenbezogene Daten von einer in § 35 SGB I genannten Stelle im Hinblick auf ihre Aufgaben nach diesem Gesetzbuch verarbeitet werden. Eine Übermittlung von Sozialdaten an die Hamburgische Bürgerschaft ist aber unzulässig, da es hierfür in den §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X keine Übermittlungsbefugnis gibt und eine Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO nicht vorliegt

Quelle der Daten: JUS-IT; BO/BI, alle KWG-Meldungen, eingegangen im Zeitraum 01.01.2017 - 31.05.2020; Datenbestand: 06.06.2020

Akute KWG und latente KWG als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung in Hamburg 2017-2018 nach der/den bekannt machenden Institution/-en oder Personen						
Bekannt machende Institution oder Person/en	2017		2018		2019	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Verfahren insgesamt	1.733		2.095		2.059	
--davon mit Ergebnis akute KWG oder latente KWG	880	100	1.059	100	1.054	100
davon						
Sozialer Dienst / Jugendamt	15	1,70	27	2,55	18	1,71
Beratungsstelle	10	1,14	7	0,66	5	0,47
andere Einrichtung / Dienst der Erziehungshilfe	33	3,75	45	4,25	34	3,23
Einrichtung der Jugendarbeit / Kinder- und Jugendhilfe	7	0,79	14	1,32	4	0,38
Kindertageseinrichtung/Pflegeperson	14	1,59	18	1,69	18	1,71
Schule	61	6,93	86	8,12	65	6,17
Hebamme / Klinik / Gesundheitsamt u.ä. Dienste	41	4,67	31	2,94	37	3,51
Polizei / Gericht / Staatsanwaltschaft	359	40,79	469	44,29	517	49,05
Eltern(-teil) / Personensorgeberechtigte/r	35	3,98	32	3,02	26	2,46
Minderjährige/r selbst	16	1,82	20	1,89	15	1,42
Verwandte	6	0,68	7	0,66	8	0,76
Bekannte / Nachbarn	8	0,92	4	0,38	8	0,76
Anonyme/r Melder/in	224	25,45	217	20,49	229	21,73
Sonstige	51	5,79	82	7,74	70	6,64

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Statistik der Kinder- und Jugendhilfe, Teil I 8: Gefährdungseinschätzungen nach § 8a Absatz 1 SGB VIII

Meldung von Kindeswohlgefährdungen – Altersgruppen

Altersgruppe bei Anliegensaufnahme	0-u3jährige				3-u6jährige				6-u14jährige				ü14jährige			
	Geschlecht	Männlich	Weiblich	keine Daten*/**	Männlich	Weiblich	keine Daten		Männlich	Weiblich	keine Daten		Männlich	Weiblich	keine Daten	
2017 Qu1		260	191		149	127			538	371			893	585		
2017 Qu2		223	196		191	123			551	363			763	420		
2017 Qu3		235	193		171	142			504	361			708	431		
2017 Qu4		216	186		161	163			534	388			745	469		
Summe 2017		934	766	18	672	555	7		2.127	1.483	12		3.109	1.905	12	
2018 Qu1		259	210		171	149			584	411			729	472		
2018 Qu2		220	212		191	176			603	446			727	482		
2018 Qu3		223	245		189	189			507	421			721	413		
2018 Qu4		222	200		192	175			643	490			811	466		
Summe 2018		924	867	11	743	689	5		2.337	1.768	9		2.988	1.833	12	
2019 Qu1		237	246		199	221			640	481			933	435		
2019 Qu2		260	251		209	156			745	530			845	517		
2019 Qu3		298	234		224	172			657	487			807	472		
2019 Qu4		238	196		183	193			632	459			957	437		
Summe 2019		1.033	927	14	815	742	11		2.674	1.957	12		3.542	1.861	8	
Januar 2020		111	85		93	85			243	188			435	225		
Februar 2020		91	86		76	53			229	192			404	168		
März 2020		109	83		83	59			164	152			354	159		
April 2020		97	73		72	61			178	139			329	160		
Mai 2020		72	55		53	71			151	166			237	109		
Summe 2020		480	382	10	377	329	X		965	837	7		1.759	821	X	

*Da bei der Aufnahme von Anliegen die Angabe des Geschlechtes nicht verpflichtend ist, erscheint hier die Angabe "keine Daten".

**Soweit keine Angaben gemacht wurden, war die Beantwortung aus Gründen des Sozialdatenschutzes gem. §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X nicht zulässig. Bei statistischen Werten, die nur eine sehr geringe Anzahl Personen betreffen (kleiner als vier), ist von einer Identifizierbarkeit der Personen auszugehen, so dass es sich dann um personenbezogene Daten iSv Art. 4 Nr. 1 DS-GVO bzw. um Sozialdaten (vgl. § 35 SGB I, § 67 Abs. 2 S. 1 SGB X) handelt. Es handelt sich um Sozialdaten, wenn personenbezogene Daten von einer in § 35 SGB I genannten Stelle im Hinblick auf ihre Aufgaben nach diesem Gesetzbuch verarbeitet werden. Eine Übermittlung von Sozialdaten an die Hamburgische Bürgerschaft ist aber unzulässig, da es hierfür in den §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X keine Übermittlungsbefugnis gibt und eine Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DS-GVO nicht vorliegt.

Quelle der Daten: JUS-IT; BO/BI, KWG-Meldungen, eingegangen im Zeitraum 01.01.2017 - 31.05.2020; Datenbestand: 06.06.2020

Kindeswohlgefährdungen – Quelle der Meldungen nach Altersgruppen

2017																
	2017 Qu1				2017 Qu2				2017 Qu3				2017 Qu4			
	0-u3-jährige	3-u6-jährige	6-u14-jährige	ü14-jährige	0-u3-jährige	3-u6-jährige	6-u14-jährige	ü14-jährige	0-u3-jährige	3-u6-jährige	6-u14-jährige	ü14-jährige	0-u3-jährige	3-u6-jährige	6-u14-jährige	ü14-jährige
- 01 = sozialer Dienst/ Jugendamt	10	5	10	4	7	X	X	5	10	X	10	12	6	4	4	7
- 02 = Beratungsstelle	5	X	X	X	X	X	X	X	X	4	X	X	X	6	X	X
- 03 = andere Einrichtung/ Dienst der Erziehungshilfe	4	X	6	X	7	4	X	X	6	X	10	X	7	X	15	X
- 04 = Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe	X	X	X	X	X	X	5	X	6	X	X	X	5	5	X	X
- 05 = Kindertageseinrichtung/ Kindertagespflegeperson	6	13	X	X	4	16	6	X	X	12	4	X	X	8	6	X
- 06 = Schule	X	X	56	15	X	X	90	33	X	X	46	18	4	5	60	26
- 07 = Hebamme/ Arzt/ Klinik/ Gesundheitsamt u.ä. Dienste	15	5	11	X	24	X	7	7	14	6	14	4	8	7	18	5
- 08 = Polizei/ Gericht/ Staatsanwaltschaft	290	175	584	1.062	258	204	596	861	258	194	547	781	247	189	586	841
- 09 = Eltern(-teil), Personensorgeberechtigte/r	4	6	15	X	13	X	17	4	12	9	16	4	7	8	10	6
- 10 = Minderjähriger/r selbst	X	X	4	13	X	X	X	10	X	X	4	7	X	X	5	10
- 11 = Verwandte	5	X	X	X	4	X	4	X	X	X	5	5	X	X	X	X
- 12 = Bekannte/ Nachbarn	4	4	5	X	8	7	11	X	8	X	11	X	8	6	X	X
- 13 = Anonyme Meldung	67	44	92	52	59	40	94	49	70	45	93	53	57	46	97	54
- 14 = Sonstige	22	11	32	11	14	20	26	8	18	14	40	14	35	25	46	11
Summe:	459	279	913	1.481	421	318	915	1.187	432	313	867	1.143	406	325	927	1.215

2018																
	2018 Qu1				2018 Qu2				2018 Qu3				2018 Qu4			
	0-u3-jäh- rige	3-u6-jäh- rige	6-u14-jäh- rige	ü14-jäh- rige	0-u3-jäh- rige	3-u6-jäh- rige	6-u14-jäh- rige	ü14-jäh- rige	0-u3-jäh- rige	3-u6-jäh- rige	6-u14-jäh- rige	ü14-jäh- rige	0-u3-jäh- rige	3-u6-jäh- rige	6-u14-jäh- rige	ü14-jäh- rige
- 01 = sozialer Dienst/ Jugendamt	5	5	11	6	7	4	13	6	17	6	17	7	9	X	8	7
- 02 = Beratungsstelle	X	5	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	6	X
- 03 = andere Einrichtung/ Dienst der Erziehungshilfe	6	X	13	X	7	4	10	4	15	7	15	4	5	5	11	5
- 04 = Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe	X	X	7	X	5	X	5	X	X	X	7	X	5	X	X	X
- 05 = Kindertageseinrichtung/ Kindertagespflegeperson	X	10	5	X	6	23	5	X	X	17	X	X	8	16	X	X
- 06 = Schule	X	X	77	47	X	X	113	64	X	4	52	28	X	7	95	71
- 07 = Hebamme/ Arzt/ Klinik/ Gesundheitsamt u.ä. Dienste	19	7	9	5	12	6	8	6	14	X	X	X	17	X	9	X
- 08 = Polizei/ Gericht/ Staatsanwaltschaft	288	194	619	825	252	221	626	815	301	223	589	822	260	217	687	858
- 09 = Eltern(-teil), Personensorgeberechtigte/r	16	11	24	6	12	8	22	11	5	10	15	10	X	12	20	8
- 10 = Minderjähriger/r selbst	X	X	X	13	X	X	6	13	X	X	X	10	X	X	6	12
- 11 = Verwandte	5	X	6	X	4	X	X	X	X	X	4	X	X	X	4	5
- 12 = Bekannte/ Nachbarn	7	7	X	5	15	6	5	X	8	11	7	X	7	8	14	X
- 13 = Anonyme Meldung	69	35	93	34	70	52	106	39	64	54	114	35	62	58	118	59
- 14 = Sonstige	26	23	53	24	20	24	52	12	17	21	48	18	28	17	59	10
Summe:	471	320	996	1.202	433	369	1.050	1.213	470	380	930	1.138	428	368	1.139	1.280

2019																			
	2019 Qu1				2019 Qu2				2019 Qu3				2019 Qu4						
	0-u3-jährige	3-u6-jährige	6-u14-jährige	ü14-jährige	0-u3-jährige	3-u6-jährige	6-u14-jährige	ü14-jährige	0-u3-jährige	3-u6-jährige	6-u14-jährige	ü14-jährige	0-u3-jährige	3-u6-jährige	6-u14-jährige	ü14-jährige			
- 01 = sozialer Dienst/ Jugendamt	6	4	12	8	5	X	10	4	7	X	7	7	8	9	12	X			
- 02 = Beratungsstelle	4	X	11	X	X	X	X	X	X	X	4	X	4	X	X	X			
- 03 = andere Einrichtung/ Dienst der Erziehungshilfe	9	X	10	X	4	5	13	4	11	5	9	11	5	7	8	4			
- 04 = Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe	5	X	5	X	4	5	7	X	X	X	7	X	X	X	7	X			
- 05 = Kindertageseinrichtung/ Kindertagespflegeperson	4	21	4	X	6	24	8	X	4	13	X	X	5	8	X	X			
- 06 = Schule	X	8	76	66	X	X	122	89	X	X	50	38	X	5	79	60			
- 07 = Hebamme/ Arzt/ Klinik/ Gesundheitsamt u.ä. Dienste	10	8	16	5	14	6	6	5	17	5	22	7	9	8	11	6			
- 08 = Polizei/ Gericht/ Staatsanwaltschaft	276	237	627	940	323	210	752	924	340	240	706	907	280	220	687	934			
- 09 = Eltern(-teil), Personensorgeberechtigte/r	17	8	18	12	11	10	28	6	7	9	20	8	7	8	17	6			
- 10 = Minderjähriger/r selbst	X	X	5	12	X	X	X	12	X	X	X	5	X	X	7	15			
- 11 = Verwandte	X	9	11	X	X	X	7	X	X	X	7	X	X	5	X	X			
- 12 = Bekannte/ Nachbarn	5	X	14	X	6	5	5	X	4	X	7	X	4	4	7	X			
- 13 = Anonyme Meldung	87	69	116	62	86	63	139	72	94	75	148	65	74	58	136	54			
- 14 = Sonstige	37	33	69	14	19	17	53	17	21	28	41	22	20	18	34	17			
Summe:	487	420	1.122	1.373	513	369	1.280	1.364	535	402	1.147	1.279	440	377	1.095	1.397			

Polizeiliche Kriminalstatistik
Zahlen zu speziellen Schlüsselzahlen der PKS
(für die Zeit 2018, 2019 und I.Quartal 2020)

Schlüsselzahl	Delikt	2018				2019				2020 erfasste Fälle 01.01. - 31.03.
		01.01. - 31.03.	01.01. - 30.06.	01.01. - 30.09.	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.03.	01.01. - 30.06.	01.01. - 30.09.	01.01. - 31.12.	
113000	sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen gem. § 174 StGB	1	3	4	5	1	3	5	6	3
131000	sexueller Missbrauch von Kindern gem. § 176, 176a, 176b StGB	63	127	194	252	53	99	150	211	35
223000	Misshandlung von Schutzbefohlenen gem. 225 StGB	11	29	45	67	17	45	65	103	19
672000	Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht gem. § 171 StGB	8	16	37	43	6	13	17	21	3

Anlage 6

Anzahl Personen, die im jeweiligen Monat eine Hilfe erhielten

Quelle: JUS-IT-DWH, Datenstand: 23.05.2020

2018	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
§ 28	133	135	134	135	141	142	135	134	136	128	126	124
§ 29	248	258	276	277	294	291	278	268	275	265	272	264
§ 30	1.843	1.855	1.891	1.915	1.953	1.944	1.943	1.968	1.943	1.968	2.025	1.998
§ 30 betreute Wohnform	424	428	439	443	435	429	433	429	416	408	406	394
§ 31	2.425	2.442	2.451	2.469	2.485	2.518	2.497	2.511	2.507	2.527	2.561	2.561
§ 32	111	108	109	104	101	103	105	98	96	96	97	95
§ 33	1.257	1.262	1.263	1.268	1.274	1.267	1.253	1.235	1.229	1.228	1.209	1.213
§ 34	2.986	2.951	2.929	2.933	2.917	2.911	2.876	2.844	2.812	2.800	2.794	2.783
§ 35	1.099	1.105	1.090	1.077	1.062	1.056	1.050	1.054	1.023	1.026	1.009	994
§ 35a ambulant	378	380	386	388	396	400	397	401	396	402	417	418
§ 35a stationär.	81	82	81	85	87	86	84	80	82	83	80	80
§ 35a teilstationär	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
davon § 41	2.646	2.637	2.654	2.670	2.653	2.664	2.657	2.617	2.555	2.560	2.566	2.524

2019	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
§ 28	112	119	115	111	107	107	107	113	112	109	115	112
§ 29	282	302	295	300	286	298	245	269	264	271	281	270
§ 30	2.020	2.066	2.078	2.111	2.122	2.102	2.103	2.133	2.146	2.117	2.144	2.147
§ 30 betreute Wohnform	390	383	369	364	365	357	342	335	326	314	302	299
§ 31	2.567	2.557	2.565	2.583	2.592	2.592	2.577	2.582	2.570	2.596	2.572	2.562
§ 32	99	102	105	106	108	105	97	101	98	95	97	97
§ 33	1.214	1.211	1.210	1.202	1.196	1.191	1.176	1.176	1.173	1.165	1.158	1.150
§ 34	2.788	2.775	2.774	2.758	2.774	2.773	2.694	2.686	2.662	2.650	2.622	2.633
§ 35	977	979	971	933	917	897	894	860	836	819	815	806
§ 35a ambulant	421	429	445	448	454	455	437	460	460	455	457	455
§ 35a stationär.	78	79	79	76	74	77	76	75	74	72	74	77
§ 35a teilstationär	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
davon § 41	2.534	2.561	2.530	2.502	2.461	2.433	2.361	2.289	2.227	2.176	2.167	2.168

2020	Januar	Februar	März
§ 28	112	119	120
§ 29	259	252	248
§ 30	2.159	2.179	2.171
§ 30 betreute Wohnform	295	285	283
§ 31	2.547	2.555	2.566
§ 32	98	97	93
§ 33	1.143	1.135	1.132
§ 34	2.636	2.606	2.603
§ 35	777	755	753
§ 35a ambulante stationär.	454	455	455
§ 35a teilstationär	75	75	80
§ 35a teilstationär	X	X	X
davon § 41	2.111	2.054	2.052

Hinweis: Die Beratung nach § 28 beinhaltet nur die einzelfallfinanzierten Hilfen durch Freie Träger, nicht die Beratungen durch institutionelle Erziehungsberatungsstellen in kommunaler oder freier Trägerschaft.

Soweit anstelle einer Zahl ein X steht, war die Beantwortung aus Gründen des Sozialdatenschutzes gem. §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X nicht zulässig. Bei statistischen Werten, die nur eine sehr geringe Anzahl Personen betreffen (kleiner als vier), ist von einer Identifizierbarkeit der Personen auszugehen, so dass es sich dann um personenbezogene Daten iSv Art. 4 Nr. 1 DS-GVO bzw. um Sozialdaten (vgl. § 35 SGB I, § 67 Abs. 2 S. 1 SGB X) handelt. Es handelt sich um Sozialdaten, wenn personenbezogene Daten von einer in § 35 SGB I genannten Stelle im Hinblick auf ihre Aufgaben nach diesem Gesetzbuch verarbeitet werden. Eine Übermittlung von Sozialdaten an die Hamburgische Bürgerschaft ist aber unzulässig, da es hierfür in den §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X keine Übermittlungsbefugnis gibt und eine Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO nicht vorliegt.

Sorgerechtsentzüge in Hamburg 2017-2019 nach Bezirken			
Gebiet	Sorgerechtsentzüge durch das Familiengericht		
	insgesamt	davon	
		vollständige Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB	teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB
2017			
Bezirk Hamburg-Mitte	179	80	99
Bezirk Altona	47	21	26
Bezirk Eimsbüttel	127	24	103
Bezirk Hamburg-Nord	80	35	45
Bezirk Wandsbek	101	39	62
Bezirk Bergedorf	15	9	6
Bezirk Harburg	45	24	21
Hamburg	594	232	362
2018			
Bezirk Hamburg-Mitte	155	71	84
Bezirk Altona	51	23	28
Bezirk Eimsbüttel	68	13	55
Bezirk Hamburg-Nord	42	17	25
Bezirk Wandsbek	109	41	68
Bezirk Bergedorf	9	5	4
Bezirk Harburg	34	22	12
Hamburg	468	192	276
2019			
Bezirk Hamburg-Mitte	184	92	92
Bezirk Altona	57	36	21
Bezirk Eimsbüttel	55	X	X
Bezirk Hamburg-Nord	73	26	47
Bezirk Wandsbek	175	54	121
Bezirk Bergedorf	7	X	X
Bezirk Harburg	73	42	31
Hamburg	624	264	360

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Statistik der Pflegeerlaubnis, Pflege-, Vormund-, Beistandschaften, Sorgerecht, Sorgeerklärungen.

X = Soweit keine Angaben (X) gemacht wurden, war die Beantwortung aus Gründen des Sozialdatenschutzes gem. §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X nicht zulässig. Bei statistischen Werten, die nur eine sehr geringe Anzahl Personen betreffen (kleiner als vier), ist von einer Identifizierbarkeit der Personen auszugehen, so dass es sich dann um personenbezogene Daten iSv Art. 4 Nr. 1 DS-GVO bzw. um Sozialdaten (vgl. § 35 SGB I, § 67 Abs. 2 S. 1 SGB X) handelt. Es handelt sich um Sozialdaten, wenn personenbezogene Daten von einer in § 35 SGB I genannten Stelle im Hinblick auf ihre Aufgaben nach diesem Gesetzbuch verarbeitet werden. Eine Übermittlung von Sozialdaten an die Hamburgische Bürgerschaft ist aber unzulässig, da es hierfür in den §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X keine Übermittlungsbefugnis gibt und eine Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DS-GVO nicht vorliegt.

Vorläufige Schutzmaßnahmen (§§ 42 u. 42a SGB VIII) in Hamburg 2017-2019 nach Altersgruppen und Bezirken								
Alter von ... bis unter ... Jahre	Hamburg	davon Bezirk						
		Hamburg- Mitte	Altona	Eims- büttel	Hamburg- Nord¹	Wandsbek	Bergedorf	Harburg
2017								
Insgesamt	2.214	201	102	87	1.413	222	73	116
unter 3	158	29	X	17	44	32	X	20
3 - 6	66	13	7	X	17	12	X	7
6 - 9	72	13	6	X	23	11	X	14
9 - 12	100	13	7	7	31	16	10	16
12 - 14	172	14	18	13	70	34	9	14
14 - 16	697	54	25	21	501	51	21	24
16 - 18	949	65	26	17	727	66	27	21
2018								
Insgesamt	1.506	151	118	66	772	228	86	85
unter 3	159	21	29	14	33	32	15	15
3 - 6	78	17	9	X	21	8	12	8
6 - 9	76	8	13	X	15	19	10	X
9 - 12	104	13	17	X	36	22	7	X
12 - 14	126	12	9	8	49	32	9	7
14 - 16	347	37	26	20	181	54	13	16
16 - 18	616	43	15	16	437	61	20	24
2019								
Insgesamt	1.634	157	118	71	852	259	73	104
unter 3	159	21	16	13	28	43	16	22
3 - 6	85	18	5	X	27	18	X	11
6 - 9	86	13	9	X	27	26	6	5
9 - 12	90	18	11	X	25	20	X	10
12 - 14	188	20	15	6	85	40	10	12
14 - 16	402	27	38	26	219	57	12	23
16 - 18	624	40	24	20	441	55	23	21

Die Altersgruppen werden in der bei der Statistik verwandten Altersgruppensystematik dargestellt. Erfasst wird das Alter der Kinder und Jugendlichen zu Beginn der Inobhutnahme.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Statistik der vorläufigen Schutzmaßnahmen.

¹ Die Ergebnisse vom FIT und KJND sind aufgrund der regionalen Lage der Dienste in den Ergebnissen des Bezirkes Hamburg-Nord enthalten.

X = Soweit keine Angaben (X) gemacht wurden, war die Beantwortung aus Gründen des Sozialdaten-schutzes gem. §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X nicht zulässig. Bei statistischen Werten, die nur eine sehr geringe Anzahl Personen betreffen (kleiner als vier), ist von einer Identifizierbarkeit der Personen auszugehen, so dass es sich dann um personenbezogene Daten iSv Art. 4 Nr. 1 DS-GVO bzw. um Sozialdaten (vgl. § 35 SGB I, § 67 Abs. 2 S. 1 SGB X) handelt. Es handelt sich um Sozialdaten, wenn personenbezogene Daten von einer in § 35 SGB I genannten Stelle im Hinblick auf ihre Aufgaben nach diesem Gesetzbuch verarbeitet werden. Eine Übermittlung von Sozialdaten an die Hamburgische Bürgerschaft ist aber unzulässig, da es hierfür in den §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X keine Übermittlungsbefugnis gibt und eine Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DS-GVO nicht vorliegt.

Vorläufige Schutzmaßnahmen (§§ 42 u. 42a SGB VIII) wegen unbegleiteter Einreise aus dem Ausland in Hamburg 2017-2019 nach Altersgruppen und Bezirken								
Alter von ... bis unter ... Jahre	Hamburg	davon Bezirk						
		Hamburg- Mitte	Altona	Eims- büttel	Hamburg- Nord ¹	Wandsbek	Bergedorf	Harburg
2017								
Insgesamt	897	4	7	X	877	X	X	X
unter 3	X	X	X	X	X	X	X	X
3 - 6	X	X	X	X	X	X	X	X
6 - 9	X	X	X	X	X	X	X	X
9 - 12	6	X	X	X	6	X	X	X
12 - 14	30	X	X	X	30	X	X	X
14 - 16	351	X	X	X	347	X	X	X
16 - 18	504	X	X	X	488	X	X	X
2018								
Insgesamt	460	X	X	X	453	X	X	X
unter 3	6	X	X	X	6	X	X	X
3 - 6	5	X	X	X	5	X	X	X
6 - 9	8	X	X	X	8	X	X	X
9 - 12	10	X	X	X	10	X	X	X
12 - 14	10	X	X	X	10	X	X	X
14 - 16	96	X	X	X	96	X	X	X
16 - 18	325	X	X	X	318	X	X	X
2019								
Insgesamt	425	X	X	X	421	X	X	X
unter 3	X	X	X	X	X	X	X	X
3 - 6	X	X	X	X	X	X	X	X
6 - 9	9	X	X	X	9	X	X	X
9 - 12	11	X	X	X	11	X	X	X
12 - 14	24	X	X	X	24	X	X	X
14 - 16	114	X	X	X	114	X	X	X
16 - 18	261	X	X	X	257	X	X	X

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Statistik der vorläufigen Schutzmaßnahmen.

¹ Die Ergebnisse vom FIT und KJND sind aufgrund der regionalen Lage der Dienste in den Ergebnissen des Bezirkes Hamburg-Nord enthalten.

X = Soweit keine Angaben (X) gemacht wurden, war die Beantwortung aus Gründen des Sozialdatenschutzes gem. §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X nicht zulässig. Bei statistischen Werten, die nur eine sehr geringe Anzahl Personen betreffen (kleiner als vier), ist von einer Identifizierbarkeit der Personen auszugehen, so dass es sich dann um personenbezogene Daten iSv Art. 4 Nr. 1 DS-GVO bzw. um Sozialdaten (vgl. § 35 SGB I, § 67 Abs. 2 S. 1 SGB X) handelt. Es handelt sich um Sozialdaten, wenn personenbezogene Daten von einer in § 35 SGB I genannten Stelle im Hinblick auf ihre Aufgaben nach diesem Gesetzbuch verarbeitet werden. Eine Übermittlung von Sozialdaten an die Hamburgische Bürgerschaft ist aber unzulässig, da es hierfür in den §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X keine Übermittlungsbefugnis gibt und eine Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DS-GVO nicht vorliegt.

Im Zeitraum Januar bis Mai 2020 begonnene Inobhutnahmen

Hamburg-Mitte	Jan		Feb		Mrz		Apr		Mai		Gesamt	
	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	Gesamt Kein UmA	Gesamt UmA
Alter												
unter 3 Jahre	X	X	X	X	6	X	X	X	X	X	11	X
3 bis unter 6	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
6 bis unter 9	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
9 bis unter 12	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	5	X
12 bis unter 14	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4	X
14 bis unter 16	X	X	5	X	X	X	X	X	X	X	8	X
16 bis unter 18	X	X	4	X	X	X	X	X	X	X	7	X
Gesamt	7	X	14	X	9	X	4	X	6	X	40	X

Altona	Jan		Feb		Mrz		Apr		Mai		Gesamt	
	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	Gesamt Kein UmA	Gesamt UmA
Alter												
unter 3 Jahre	X	X	X	X	X	X	X	X	5	X	9	X
3 bis unter 6	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
6 bis unter 9	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
9 bis unter 12	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
12 bis unter 14	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	5	X
14 bis unter 16	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	7	X
16 bis unter 18	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	6	X
Gesamt	6	X	4	X	4	X	8	X	11	X	33	X

Eimsbüttel	Jan		Feb		Mrz		Apr		Mai		Gesamt	
	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	Gesamt Kein UmA	Gesamt UmA
Alter												
unter 3 Jahre	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4	X
3 bis unter 6	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
6 bis unter 9	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
9 bis unter 12	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
12 bis unter 14	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
14 bis unter 16	4	X	X	X	X	X	X	X	X	X	8	X
16 bis unter 18	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Gesamt	7	X	X	X	X	X	X	X	X	X	16	X

Hamburg-Nord	Jan		Feb		Mrz		Apr		Mai		Gesamt	
	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	Gesamt Kein UmA	Gesamt UmA
Alter												
unter 3 Jahre	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
3 bis unter 6	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
6 bis unter 9	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
9 bis unter 12	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

[illegible]

Wandsbek	Jan		Feb		Mrz		Apr		Mai		Gesamt	
	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	Gesamt Kein UmA	Gesamt UmA
Alter												
unter 3 Jahre	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	9	X
3 bis unter 6	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4	X
6 bis unter 9	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
9 bis unter 12	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4	X
12 bis unter 14	5	X	X	X	X	X	4	X	X	X	14	X
14 bis unter 16	5	X	X	X	X	X	5	X	X	X	16	X
16 bis unter 18	5	X	5	X	X	X	7	X	4	X	23	X
Gesamt	20	X	15	X	9	X	20	X	9	X	73	X

Bergedorf	Jan		Feb		Mrz		Apr		Mai		Gesamt	
	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	Gesamt Kein UmA	Gesamt UmA
Alter												
unter 3 Jahre	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
3 bis unter 6	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
6 bis unter 9	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
9 bis unter 12	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
12 bis unter 14	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
14 bis unter 16	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4	X
16 bis unter 18	4	X	X	X	X	X	X	X	X	X	6	X
Gesamt	6	X	X	X	X	X	X	X	X	X	15	X

Harburg	Jan		Feb		Mrz		Apr		Mai		Gesamt	
	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	Gesamt Kein UmA	Gesamt UmA
unter 3 Jahre	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	7	X
3 bis unter 6	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	5	X
6 bis unter 9	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
9 bis unter 12	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
12 bis unter 14	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
14 bis unter 16	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	5	X
16 bis unter 18	4	X	X	X	X	X	X	X	X	X	6	X
Gesamt	13	X	X	X	4	X	X	X	X	X	25	X

[illegible]

[illegible]

KJND	Jan		Feb		Mrz		Apr		Mai		Gesamt	
	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	Gesamt Kein UmA	Gesamt UmA
Alter												
unter 3 Jahre	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
3 bis unter 6	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
6 bis unter 9	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
9 bis unter 12	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
12 bis unter 14	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
14 bis unter 16	4	X	5	X	X	X	X	X	6	X	20	5
16 bis unter 18	6	5	8	4	9	4	9	X	6	X	38	18
Gesamt	14	X	18	8	16	5	14	4	16	10	78	37

Gesamthamburg		Jan		Feb		Mrz		Apr		Mai		Gesamt	
Alter	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	UmA	kein UmA	Gesamt UmA	Gesamt UmA
unter 3 Jahre	7	X	14	X	10	X	7	X	9	X	47	X	X
3 bis unter 6	6	X	4	X	6	X	X	X	X	X	20	X	X
6 bis unter 9	X	X	X	X	5	X	XX	X	X	X	12	X	6
9 bis unter 12	X	X	5	X	X	X	6	X	X	X	18	X	X
12 bis unter 14	11	X	9	X	X	X	9	X	9	4	41	5	5
14 bis unter 16	21	X	20	X	17	X	11	X	14	X	83	6	6
16 bis unter 18	29	6	22	6	14	4	21	X	13	X	99	21	21
Gesamt	80	X	74	12	56	5	61	4	49	10	320	45	45

Quelle: Jus-IT Datenabfrage vom 03.06.2020

Anmerkungen:

- 1) Falls eine Zuständigkeitsänderung erfolgte (Beispiele: Start im Ambulanten Notdienst, Übergabe in einen Bezirk oder auch Wechsel zwischen Bezirken), dann wurde die Zuständigkeit bei der übernehmenden Stelle ausgewiesen.
- 2) Soweit keine Angaben (X) gemacht wurden, war die Beantwortung aus Gründen des Sozialdatenschutzes gem. §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X nicht zulässig. Bei statistischen Werten, die nur eine sehr geringe Anzahl Personen betreffen (kleiner als vier), ist von einer Identifizierbarkeit der Personen auszugehen, so dass es sich dann um personenbezogene Daten iSv Art. 4 Nr. 1 DS-GVO bzw. um Sozialdaten (vgl. § 35 SGB I, § 67 Abs. 2 S. 1 SGB X) handelt. Es handelt sich um Sozialdaten, wenn personenbezogene Daten von einer in § 35 SGB I genannten Stelle im Hinblick auf ihre Aufgaben nach diesem Gesetzbuch verarbeitet werden. Eine Übermittlung von Sozialdaten an die Hamburgische Bürgerschaft ist aber unzulässig, da es hierfür in den §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff. SGB X keine Übermittlungsbefugnis gibt und eine Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO nicht vorliegt.
- 3) XX= Wegen sekundärer Geheimhaltung anonymisierter zweiter Wert (Die gesperrten Werte dürfen nicht durch Differenzrechnung errechenbar sein).

Maßnahmen des Familiengerichts für Kinder- und Jugendliche, auf Grund einer Gefährdung des Kindeswohls in Hamburg 2018-2019		
Eingeleitete Maßnahmen des Familiengerichts	Jahr	
	2018	2019
Insgesamt	966	1 175
davon		
Auferlegung der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB	296	303
Aussprache von anderen Geboten oder Verboten gegenüber Personensorgeberechtigten oder Dritten gem. § 1666 Abs. 2 bis 4 BGB	150	187
Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB	52	61
Vollständige Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB	192	264
Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB	276	360
darunter nur das Personensorgerecht	206	280

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Statistik der Pflegeerlaubnis, Pflege-, Vormund-, Beistandschaften, Sorgerecht, Sorgeerklärungen

Kinderschutzmeldungen aus Hamburger Krankenhäusern

	Summe März, April, Mai 2018	Summe März, April, Mai 2019	März 2020	April 2020	Mai 2020	Summe März, April, Mai 2020
Anzahl der gemeldeten Kindeswohlgefährdungen an den ASD	15	18	7	5	4	16

Quelle: JUS-IT, BO/BI, Meldungen eingegangen im Zeitraum 01.01.2018 - 30.05.2020; Datenbestand: 30.05.2020